



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/207 - 8. September 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 16 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise:  
auf den Inhalt:

Der Kanzler in Moskau	S. 1
Die liberale Weltunion und der Kommunismus	S. 3
Dr. Dr. Fritz Wenzel, M.d.B.: zur Diskussion um die Kriegsdienstverweigerung (I)	S. 5
Anhang: Mitteilungen des Frauenbüros	

## Wo bleibt das deutsche Verhandlungsprogramm?

sp. In der Frage der deutschen Wiedervereinigung wird der Bundeskanzler in Moskau die von der Regierung und der Mehrheit der Koalitionsparteien bejahte Politik der Pariser Verträge vertreten.

Er vertritt nicht die von der SPD und anderen Kräften in der deutschen Öffentlichkeit erhobene Forderung nach einer Ersetzung des Systems der Militärblöcke in Ost und West durch die Schaffung eines Europäischen Sicherheitspaktes. Über die Konsequenzen aus dieser Haltung des Bundeskanzlers und den damit in der Frage der Wiedervereinigung bereits heute abzusehenden Verlauf der Moskauer Besprechungen wird in der bevorstehenden aussenpolitischen Debatte des Bundestages zu sprechen sein. Wenn die Opposition vor und während der Moskauer Verhandlungen Adenauers in diesen Fragen zurückhaltend argumentiert, liegt der Grund einfach in dem Gebot, dem Bundeskanzler seine Position in Moskau nicht zusätzlich zu erschweren. Es wäre bedauerlich, wenn von Regierungsseite durch die Unterstellung, der Bundeskanzler vertrete in der Frage der Wiedervereinigung auch den von der SPD geforderten Weg, der Opposition die Möglichkeit genommen würde, diese Zurückhaltung bis zur Rückkehr Adenauers aus Moskau zu bewahren.

Wenn die starre Haltung des Bundeskanzlers im Hinblick auf die Pariser Verträge auch keinen Raum für die Hoffnung lässt, dass es in Moskau zu einem Gespräch über die möglichen Schritte zur Wiederherstellung der Einheit und der Stellung eines wiedervereinigten

8.9.1955

Deutschlands kommen kann, so muss doch erwartet werden, dass Dr. Adenauer wenigstens die Möglichkeit eines sowjetischen Ja's zur deutschen Einheit erkundet. Er sollte im Interesse der Lösung der wichtigsten Aufgabe der deutschen Politik auch dann dazu bereit sein, wenn er feststellen sollte, dass diese Möglichkeiten nicht auf dem von der Bundesregierung bisher beschrittenen Weg liegen. Der Unterstützung auch der Opposition kann der Bundeskanzler in der Frage der Kriegsgefangenen und internierten Zivilisten sicher sein. Dabei ist es selbstverständlich, dass diese Frage keine propagandistische Behandlung verträgt. Was die Herstellung normaler diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen angeht, so wird ein Ja oder Nein von der Prüfung der Frage abhängen müssen, ob Moskau in diesen Beziehungen nichts anderes als eine weitere Bestätigung der deutschen Teilung ansieht. Im gleichen Masse wie jede Politik der Bundesregierung und der Westmächte abzulehnen ist, die auf eine Vertiefung der deutschen Spaltung hinausläuft, muss sowjetischen Versuchen, den Status-quo zu vertiefen, entgegengetreten werden.

Die Forderung nach der deutschen Einheit - das hat die Genfer Konferenz der Regierungschefs bewiesen - muss mit grossem Nachdruck gegenüber allen vier Besatzungsmächten vertreten werden. Falsch wäre es allerdings, die Verantwortung der vier Mächte für die Wiederherstellung der deutschen Einheit so zu verstehen, dass wir nichts zu tun hätten, als auf eine Vierer-Einigung zu warten. Unsere Aufgabe ist es, konkrete Vorschläge für die Verwirklichung der deutschen Einheit zu erarbeiten und uns dabei von dem Ziel leiten zu lassen, dass wir das Ja aller vier Besatzungsmächte brauchen, wenn wir Deutschlands Einheit wollen. Die Bundesregierung hat in dieser Frage bisher kein Programm entwickelt. Die Äusserungen des Bundeskanzlers in dieser Frage sind im Laufe der Jahre immer widerspruchsvoller geworden. Wenn Dr. Adenauer in Moskau erkennt, dass die Pariser Verträge keine Antwort auf die Frage nach der deutschen Einheit sind, und endlich zu der Bereitschaft findet, in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des Bundestags ein Programm für die deutsche Wiedervereinigung zu entwickeln, das Aussicht hat, von allen vier Mächten bejaht zu werden, dann würde Moskau schon ein Erfolg für die Sache Deutschland sein.

### Uneinige Liberale

von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

Im Kongress der "Liberalen-Weltunion", der in den ersten Septembertagen in Luzern stattfand, ist es zu einer heftigen Auseinandersetzung über die Frage gekommen, ob es von einem liberalen Standpunkt aus vertretbar sei, die demokratischen Freiheiten einzuschränken, um den Kommunismus zu bekämpfen. Ein Resolutionsentwurf, der u.a. die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Bekämpfung der subversiven Tätigkeit des internationalen Kommunismus verlangte, wurde von einem Teil des Kongresses kategorisch abgelehnt.

Der Angriff auf diesen Resolutionsentwurf wurde von einem Vertreter der schwedischen Liberalen vorgetragen, der dann die Unterstützung seiner dänischen und britischen Kollegen fand. Diese Gruppe wandte sich energisch gegen eine zwangsweise Unterdrückung des Kommunismus, da man mit einer Einschränkung der Freiheit seine eigenen Freiheitsideale verletze. Diese, einem unbedingten Liberalismus verpflichteten Delegierten schienen vor allem von der Furcht beseelt zu sein, dass in gewissen Ländern eine Einschränkung der Freiheitsrechte, die im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus erfolgt, dazu missbraucht werden könnte, auch noch andere politische Gegner zu treffen und die Freiheit als solche in eine Zwangsjacke zu stecken. Eine Delegierte der britischen Liberalen, die den Gedanken des Liberalismus in Europa vielleicht am reinsten vertreten, wies darauf hin, wie in den Kolonien mit Zwangsmassnahmen, Zensur usw. vorgegangen werde. Wenn dies im Namen eines Staates getan werde, der sich zu liberalen Grundsätzen bekenne, könne man sich lebhaft vorstellen, wie weniger liberal eingestellte Staaten bei der Bekämpfung des Kommunismus vorgehen würden.

Vor allem aber vertrat diese britisch-skandinavische Gruppe die These, der Kommunismus könne nicht mit Zwangsmassnahmen, sondern nur mit Hilfe einer "aufgeschlossenen" Wirtschafts- und Sozialpolitik wirksam bekämpft werden, denn der Kampf gegen den

8.9.1955

Kommunismus sei ein Kampf der Ideologien. Als Hauptgegner dieser Gruppe der unbedingten Liberalen trat dann auf der Luzerner Konferenz der Chefredakteur der "Neuen Zürcher Zeitung", Nationalrat Willy Bretscher, auf. Dieser meinte, den Berufsrevolutionären könne nicht mit sozialen Reformen begegnet werden und man dürfe den Feinden der Freiheit keine unbeschränkte Freiheit gewähren. Immerhin erklärte Bretscher, es sei eine Selbstverständlichkeit, dass die gegen die Kommunisten zu ergreifenden Massnahmen auf dem Boden des Rechtsstaates bleiben müssten und nicht zu einem McCarthyismus führen dürften.

Da keine der beiden Gruppen bereit war, ihre Meinung zu ändern, wurde schliesslich eine Kompromiss-Resolution ausgearbeitet, die dann auch einstimmig gebilligt wurde. Darin ist die Forderung nach gesetzgeberischen Massnahmen gegen die Kommunisten entscheidend abgeschwächt. Es heisst zunächst, dass die Verwirklichung der Freiheit in der Praxis zugleich ihre beste Verteidigung sei und dass zu ihr eine soziale, kulturelle und wirtschaftliche Politik gehöre, die darauf abziele, den allgemeinen Lebensstandard zu heben. Unter besonderen Umständen müssten jedoch auch besondere Massnahmen zum Schutze der Freiheit ergriffen werden. Jede gesetzgeberische Massnahme müsse jedoch "darauf angelegt sein, umstürlerische Tätigkeit zu verhindern, nicht aber darauf, die Meinungsfreiheit einzuschränken." Auch müsse jegliche Sondergesetzgebung Garantien gegen den Missbrauch der Vollmachten enthalten, die sie erteile. So konnte nach aussen eine Einigkeit innerhalb der "Liberalen Weltunion" demonstriert werden, ohne dass in diese Frage die eigentlichen Gegensätze hätten überbrückt werden können. Es erwies sich vor allem auch diesmal wieder, dass man unter Liberalismus in den verschiedenen Staaten keineswegs immer dasselbe versteht.

+ + +

Kriegsdienstverweigerung eine politische Entscheidung?

von Dr. Dr. Fritz Wenzel, M.d.B.

Je lauter und bewusster in der Öffentlichkeit von der Verwirklichung der Wiederaufrüstung gesprochen wird, desto stiller wird es um die Kriegsdienstverweigerung. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, dass bestimmte Kreise die Frage nach der Kriegsdienstverweigerung durch bewusstes Stillschweigen glauben am besten lösen zu können. So geht es aber um gar keinen Preis. Schon deswegen nicht, weil Kriegsdienstverweigerung als ein Recht des Staatsbürgers im Bonner Grundgesetz verankert ist und niemand bis jetzt davor gesprochen hat, dass der Grundgesetz Artikel 4,3 bei einer kommenden Wehrgesetzgebung von einer die Verfassung Ändernden Mehrheit beseitigt werden sollte.

Ein solches Vorhaben wäre auch der schlechteste Dienst, den die Demokratie sich selbst erweisen würde. Der Gedanke der Kriegsdienstverweigerung, der heute bei uns im Volke einen nicht unbeachtlichen Widerhall findet, kann vom Wesen eines demokratischen Staates gar nicht mehr losgetrennt werden. Das beweist allein die Tatsache, dass eine Reihe demokratischer Staaten die Kriegsdienstverweigerung gesetzlich anerkannt und geregelt haben.

Im Grundgesetz verankert

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Kriegsdienstverweigerung etwas Neues und damit mag es zusammenhängen, dass der Kriegsdienstverweigerer für breite Schichten der Bevölkerung von vorne herein mit wenig schönen Vorurteilen und Verdächtigungen belegt wird. Es ist doch aber auch eine nicht unwesentliche Aufgabe der Gesetzgeber und der Regierung, den Kriegsdienstverweigerer, der doch Staatsbürger ist und bleibt, davor zu schützen. Es kann nicht nachdrücklich genug gesagt werden, dass jeder, der sich zur Kriegsdienstverweigerung bekennt, von einem Recht Gebrauch macht, das das Grundgesetz, ebenso wie eine Reihe von Ländergesetzen dem Staatsbürger zuerkennt. Ich möchte daran erinnern, dass ich 1951 in einem offenen Brief dem damaligen Justizminister Dr. Dehler schreiben musste:

Zeitungsnachrichten zufolge haben Sie in einem Vortrag vor Bonner Studenten unter anderem gegen das Recht auf

Kriegsdienstverweigerung gesprochen. Sie haben dem Sinne nach gesagt, dass Kriegsdienstverweigerung und Demokratie unvereinbar seien und haben behauptet, dass Kriegsdienstverweigerer keine Männer, also feige seien.

Es besteht berechtigter Grund zu der Annahme, dass eine solche Meinung auch heute noch in weiten Kreisen herrscht und vielleicht sogar am liebsten zur offiziellen Ansicht gemacht werden möchte.

Nun, der Verdacht der Feigheit ist völlig fehl am Platze. Die Mehrzahl derer, die sich heute zur Kriegsdienstverweigerung bekennen, haben den letzten Krieg mit seinen Grauen und Schrecken mitgemacht. Viele von ihnen haben schwerste Verwundungen davongetragen, und haben, wenn es darauf ankommt, auch sichtbare Beweise für ihre eigene "Tapferkeit vor dem Feind" vorzuweisen. Aber diese Menschen haben auch zugleich die Sinnlosigkeit des Krieges begriffen und haben für sich daraus persönlich und menschliche aber auch staatsbürgerlich politische Konsequenzen gezogen.

Das Bekenntnis eines Widerstandskämpfers

In dem Buch von Annedore Leber: "Das Gewissen steht auf" finden sich die Worte eines Widerstandskämpfers, die genau diese Empfindungen und Erkenntnisse zum Ausdruck bringen. Dort steht es (Seite 110) von Martin Gaugar:

"Ich habe lange Zeit angenommen, ich könnte Krieg ertragen, wenn ich nicht mit der Waffe dienen müsste, aber das ist doch ganz eng und falsch gedacht und eigentlich feig. Ich meine jetzt, man dürfte überhaupt nicht Kriegsdienst tun, ... Eine Beschäftigung bei der Intendantur hatte ich lange für eine Entlastung gehalten, weil ich dann nicht mit der Waffe dienen musste. Aber dann musste ich doch sagen: Wie? Es soll einen Unterschied machen, ob du kämpfst oder die Kämpfenden ausrüstest und verpflegst? Nein, es macht keinen Unterschied. Und ich kann diesen Krieg nicht fördern, ich kann nicht helfen, dass das Meer von Blut und Tränen noch andere Länder überflutet."

Diese Worte eines Widerstandskämpfers sollten auch allen denen zu denken geben, die die Kriegsdienstverweigerung nur als Ausdruck eines mehr oder weniger sentimentalen oder religiösen Gewissens gelten lassen wollen und demzufolge dann für den Verweigerer einen entsprechend harten Einsatzdienst wünschen, um ihm dabei vielleicht seine Gefühlseligkeit am besten auszutreiben. Es geht für jeden Kriegsdienstverweigerer heute um eine sehr realistische politische Grundkenntnis bei seiner Entscheidung, ob nämlich der Krieg noch einen politischen Sinn hat, oder ob nicht jede militärische Auseinandersetzung heute politischer Wahnsinn ist.

+ + +

Verantwortliche: i.V. Albert Exler